

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklameweile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postkonto Danzig 2948 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 5290.

Nr. 15

Montag, den 19. Januar 1920

11. Jahrgang

Zur Tragödie Eisner-Arco.

Die Verhandlung, die am 16. Januar vor dem Volksgericht in München gegen den Mörder Kurt Eisners, den jungen Grafen Arco, stattfand, hat erwiesen, was schon nach allem bisher bekannt gewordenem kaum noch bezweifelt werden konnte, daß nämlich die blutige Tat den wirren Instinkten eines einzelnen nationalstolischen Fanatikers entsprungen war. Die Revolutionszeit war leider eine ganze Reihe solcher politischer Affekthandlungen gezeitigt, und es waren immer die politischen Extreme, an denen sich die hochgespannten politischen Leidenschaften in sinnlosen Mordtaten entluden.

Die sozialdemokratische Partei hat stets und unter allen Umständen den Mord als politisches Kampfmittel verurteilt und verabscheut. Kein deutscher Sozialdemokrat hat im Bürgerkrieg die Mordwaffe erhoben, keiner, der sie erhob, hat unter dem Einfluß sozialdemokratischer Gedankengänge gehandelt. Die blöden Märchen, die sozialdemokratische Parteimitglieder, und gerade führende Parteigenossen, mit solchen Mordtaten in Verbindung brachten, verdienen nichts als Verachtung. Nur ein roher, gänzlich unwissender Mensch wie jener Linder, der das Attentat auf Auer verübte, konnte der schwachsinrigen Verleumdung Glauben schenken. Kuers Willen sei es gewesen, der Arcos Hand zur Tat leitete.

Der Fall Arco ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie ein wirrer Fanatiker durch sein ungehemmtes Handeln Dinge, die im Begriffe sind, sich friedlich zu lösen, in furchtbares Unheil verwandeln kann. Aus der Aussage des Attentäters geht hervor, daß er von der Persönlichkeit Eisners nur ein ganz wirres und verzerrtes Bild hatte, das aus den Schilderungen der reaktionären Presse zusammen geklaut war. Vor allem aber wußte Arco nicht und konnte er nicht wissen, daß Eisner in dem Augenblick, in dem er ihn tötete, bereits den Entschluß gefaßt hatte, von seinem Amt als bayerischer Ministerpräsident zurück zu treten und daß damit der demokratisch-parlamentarische Gedanke einen großen friedlichen Sieg errungen hatte.

Wir kannten Kurt Eisner aus Jahrzehnte langem Parteitätigkeit als einen der allerentschiedensten Anhänger des Gedankens, daß der Weg zum Sieg des Sozialismus nur über die Demokratie führen könne. Eisner war ein glühender demokratischer Republikaner und unerschrocken von reblikanem Willen befeuert. Hätte ihm das Schicksal gegönnt, weiter zu leben, so würde er heute aller Wahrscheinlichkeit nach dort stehen, wo Bernstein und Kautsky stehen, das heißt, er würde ein entschiedener Vorkämpfer der Demokratie gegen den bolschewistischen Terrorismus sein. Es ist, vom Menschlichen ganz abgesehen, ein Verlust für die Arbeiterbewegung, daß dieser Entwicklungsgang durch den Schuß eines irre geleiteten Fanatikers zerstört wurde.

Eisner, wie immer man zu ihm steht, war sicherlich einer der bedeutendsten und originellsten Geister der Arbeiterbewegung und ebenso gewiß ein völlig selbstloser Mensch. In seine Einnahme zum leitenden Staatsmann haben allerdings auch seine besten Freunde in allen Ländern der Arbeiterbewegung nie geglaubt. Aber dieses Zwischenpiel war in dem Moment, in dem Arco seine Waffe gegen Eisner erhob, tatsächlich schon abgeschlossen.

Was hat der Attentäter durch seine Tat politisch erreicht? Es ist nicht anzunehmen, daß er durch sie die Sprengung des Münchener Landtags und die kurze Schreckensherrschaft wirklich hervorgerufen hat, die Pläne zu diesem Streich waren schon früher gekniet worden. Aber die Atmosphäre, in der ein solcher Versuch zu vorübergehendem Erfolg geführt werden konnte, hat der Mörder Eisners durch seine Tat erst geschaffen. Nachdem von reaktionärer Seite die Gewalt entfesselt war, waren auch die gewalttätigen Elemente auf der liberradikalen Seite entfesselt, der moralische Widerstand gegen sie war durch den Schuß auf Eisner erschüttert. Arco hatten die Geister der blutigen Gewalt herausbeschworen, und nun kamen sie ganz anders, als er es sich geträumt hatte.

Immer und immer wieder hat sich so gezeigt, daß die Extreme von rechts und links sich unbewußt gegenseitig in die Hände arbeiten. Haben die Spartakisten und Linksanabhängigen durch ihr wahnwichtiges Treiben die Stellung der Reaktion wieder gestärkt und den Kampf der Sozialdemokratie gegen sie unendlich erschwert, so haben umgekehrt die Mordtaten, die von reaktionären Elementen an Führern der äußersten Linken vollbracht wurden, auf die Saat des Bolschewismus wie ein betrübender Regen gewirkt. Es ist die tollste Tragikomödie der Menschheit, und keine Feder hätte sie besser beschreiben können als die Kurt Eisners, wie man sich da gegenseitig nach der eigenen Meinung bis zur persönlichen Ausrottung bekämpft — und wie dabei doch unbewußt einer dem andern hilft, so weit hilft, bis das ganze Volk daran zugrunde zu gehen droht.

Die Pest der politischen Attentate gehört zu den schlimmsten Krankheiten, an denen das Volk leidet. Es ist notwendig, sie durch eine strenge aber dabei doch menschliche Gerechtigkeit auszurotten. Aber auch die Gerichte werden nichts gegen sie vermögen, wenn nicht die Gefundenheit von innen heraus erfolgt. Der Trost bleibt, daß das deutsche Volk in früheren Zeiten niemals zu solchen sittlichen Er-

krankungen geneigt hat, und daß der nun eingetretene Friede nach außen alle lehren mag, wieder das Leben auch des politischen Gegners zu achten.

Deschanel, Frankreichs neuer Präsident.

Zum Präsidenten der französischen Republik wurde Paul Deschanel gewählt.

Verfallenes, 17. Jan. (W. B.) Bei der heutigen Präsidentschaftswahl, bei der Deschanel im ersten Wahlgang mit 734 von 869 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik gewählt wurde, erhielt Jonnart 68, Clemenceau 56, Bourgeois 6 Stimmen. Weitere Stimmen wurden vereinzelt abgegeben.

Frankreichs neuer Präsident wurde 1857 in Brüssel geboren, wohin sein Vater als Gegner Napoleons III. geflohen war.

Er hat bereits in jünger Jahren die politische Laufbahn eingeschlagen. Seit 1885 gehört er der französischen Kammer an. Ein extremer Fanatiker ist er nie gewesen, sondern war stets ein Mann der goldenen Mitte. Im Jahre 1898 wurde er zum ersten Male zum Präsidenten der Kammer gewählt. Dieses Amt hat er auch zuletzt bekleidet.

Die Wahl Deschanels bedeutet eine schwere Niederlage Clemenceaus. Diesem wirft man vor, daß er wohl während des Krieges in der politischen Leitung Frankreichs sein Geschick bewies, daß er aber in der Friedensarbeit völlig versagt hat. Seine Niederlage ist zwar keine Abkehr vom Nationalismus, aber doch eine Abkehr von dem nationalstolischen, antidemokratischen Heroenkult. Auch der „Vater des Sieges“ muß sich gefallen lassen, daß er auf seine Eignung zum höchsten Staatsamt wie jeder andere Sterbliche geprüft wird und eine für ihn persönlich höchst schmerzliche Ablehnung erfährt. Was würde bei uns über „Undank des Vaterlandes“ gekrüht werden, wenn sich bei uns unter ähnlichen Umständen ein ähnlicher Fall ereignet hätte? Bei uns denken sogar manche Leute daran, bei der nächsten Präsidentschaftswahl einen der Väter der Niederlage wegen seiner nationalstolisch-militaristischen Strammheit auf den Schild zu erheben.

Die Dummheit einer solchen Absicht wird durch die Niederlage Clemenceaus geradezu in bengalische Beleuchtung gerückt. Der Rückzug Clemenceaus aus dem öffentlichen Leben Frankreichs bedeutet für Deutschland auf alle Fälle wenigstens in moralischer Beziehung eine Erleichterung. Wir werden an der Spitze der Nachbarwelt nicht mehr den Mann erblicken, der uns als die Verkörperung des Hasses gegen Deutschland olt. Das deutsche Volk wird einem Präsidenten der französischen Republik, der nicht Clemenceau heißt, keinen Präsidenten der deutschen Republik gegenüber stellen, der als Verkörperung des Kriegsgebantens gegen Frankreich gelten kann.

Schließung von Eisenbahnwerkstätten.

Frankfurt a. M., 17. Jan. Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. beauftragt, die Eisenbahnhauptwerkstätte Nied, die größte modernste und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirks, wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Die Schließung ist heute nachmittags erfolgt. Sämtlichen Arbeitern ist das Dienstverhältnis bis zum 2. Februar, unter Lohnzahlung bis zu diesem Tage gekündigt und auf ihre Dienste von heute ab verzichtet worden. Die Leistungen der Arbeiterschaft gingen dauernd zurück, besonders nach dem zu Beginn des Jahres die Arbeiterschaft zur Erreichung einer Lohnaufbesserung den Beschluß gefaßt hatte, nach Vorschrift zu arbeiten. Die Regierung glaubt eine fernere Beschäftigung von Staatsgeldern nicht mehr verantworten zu können. In keiner der großen Hauptwerkstätten des Bezirkes Frankfurt bestehen auch nur annähernd ähnliche Verhältnisse.

Berlin, 18. Jan. (W. B.) Außer der Eisenbahnhauptwerkstätte in Nied hat die Regierung wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes auch noch die Eisenbahnhauptwerkstätte in Weiden und in Mülheim-Speldorf im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld und die Eisenbahnhauptwerkstätten Kippes und Krefeld-Doppum im Eisenbahndirektionsbezirk Köln geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Ferner ist den Eisenbahnarbeitern bei der Betriebswerkstätte in Kirchweyhe im Eisenbahndirektionsbezirk Münster, die zunächst in passive Resistenz und dann schließlich in einen wilden Streik getreten waren, eine Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt worden. Da die Arbeiter trotzdem weiterhin den Dienst ferngeblieben sind, sind sie gleichfalls entlassen worden.

Eisenbahnerstreik in Italien.

Mailand, 17. Jan. Nachrichten, die dem „Secolo“ aus Rom zugehen, lassen erkennen, daß der Eisenbahnerstreik nicht mehr vermieden werden kann. Die Leitung der Bewegung wurde von den Führern der Eisenbahngewerkschaft übernommen. An die verschiedenen Eisenbahnehe sind bereits Beschlüsse ergangen, auf das erste Zeichen die Arbeit niederzulegen.

Die Auslieferungsnote.

Paris, 18. Jan. (Havas.) Dutasta übergab gestern morgen dem holländischen Gesandten in Paris die Note des Obersten Rates, die die Auslieferung des ehemaligen Kaisers verlangt. Das Schriftstück, das sich auf Artikel 227 des Versailleser Vertrages stützt, appelliert an den Gerechtigkeitssinn der holländischen Regierung und ersucht diese, sich dem Wunsch der Alliierten anzuschließen, eine exemplarische Strafe zu statuieren.

Endlich!

Budapest, 18. Jan. Nach einer Meldung des ungar. Telegr.-Bür. ist der Austritt der Sozialisten aus der ungarischen Konzentrationregierung auf einen Druck der nach Wien übergesiedelten ungarischen Sozialisten unter Leitung Garanis hin erfolgt. Es war ihnen gedroht worden, daß sie andernfalls aus der Internationale ausgeschlossen werden würden.

Angesichts der Schandtaten der gegenrevolutionären ungarischen Regierung hätte der Austritt der wenigen Detachmentssozialisten aus der Regierung schon längst erfolgen müssen.

Annahme des Betriebsrätegesetzes.

Berlin, 18. Jan. (W. B.) In der Nationalversammlung wurde heute die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes zu Ende geführt. Das Gesetz wurde in der namensmäßigen Gesamtsitzung mit 213 gegen 64 Stimmen der Rechten und Unabhängigen angenommen. Die Abstimmung des Gesetzes wurde von der Mehrheit mit Beifall angenommen.

Zur Annahme des Gesetzes schreibt der „Vorwärts“: Damit, daß das Gesetz unter Dach und Fach ist, ist der linksradikale Räterummel, auf dem sich die ganze Oppositionskraft und die Agitationsfähigkeit der Unabhängigen aufbaut, noch nicht erledigt. Das bolschewistische Wahnbild ist in den Köpfen der Heimkehrer weiter, solange die Demagogen noch Gehör in den Reihen der Arbeiter finden.

Vertagung der Nationalversammlung.

Berlin, 18. Jan. (W. B.) Die Nationalversammlung vertagte sich heute voraussichtlich bis Ende Februar.

Henderson für Frieden mit Rußland.

London, 18. Jan. (Reuter.) Arthur Henderson hat ein Schreiben an die Presse gerichtet, indem er unter Bezugnahme auf die demütlichen militärischen Beratungen in Paris erklärt, wenn die Regierung sich weigert, die Friedensangebote der Somjer-Regierung zu erwägen, so verwickelt sie das Land in ein großes unnützes militärisches Abenteuer. Die Arbeiterpartei werde sich durch politische und militärische geheime Abmachungen nicht als gebunden erachten, da die einen Teil der Politik bilden, gegen die sie von jeder Einspruch erhoben hat. Henderson fordert, daß Polen und den transtantarischen Staaten geraten wird, Frieden zu schließen.

Gründung eines Weltpetroleumtruffs in London.

Ein Artikel der „Inreptarea“ beschäftigt sich mit der Nachricht eines in London zu bildenden großen Petroleum-Welt-Truffs. Demnach würde unter Protektion und mit Beteiligung der englischen Regierung in London ein bedeutender Truff gebildet, der ungefähr sechszehn große Gesellschaften von Rohölherzeugnissen, Raffinerien, Verteilung und Transport mit über die ganze Welt verteilten Verzweigungen in eine einzige Organisation zusammenfassen. Dieser Truff, an dessen Spitze sich die bekannte Firma De Esche Transport, Königlich-petroleum Akademi, und Royal Dutch befinden, hat nicht nur die ihm angeschlossenen Gesellschaften, die er bisher unter ihrer unmittelbaren Leitung auch eine Anzahl anderer Gesellschaften aus Rumänien, Ägypten, Rußland, Persien, Holland, Indien, Mesopotamien, Australien, Mexiko, Kalifornien und eine Anzahl von Unternehmungen aus den Vereinigten Staaten Amerikas. Dieser Truff hat den gesamten Stock der Aktien der Staura Romana, der von der Deutschen Petroleum A.-G. in Berlin ausgegeben und kontrolliert wurde, aufgekauft. Das Kapital ist in den Besitz der englischen Gruppe übergegangen. Der Artikel schließt: Wir können schon jetzt befürchten, daß das ganze rumänische Petroleum dieser bedeutenden Organisation, die ohne unsere Beteiligung ins Leben gerufen wurde, untergeordnet sein wird.

Vorbereitungen für die Heimkehr.

Köln, 17. Jan. (W. B.) Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr teilt mit: Heute abend beginnt die Abfahrt der Gezüge zur Heimholung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich. Das Eintreffen der erstenzüge in den Durchgangslagern wird sofort bekanntgegeben.

Parteitag des Zentrums.

Der Parteitag des Zentrums, der gestern mit einem Empfang in der Wandelhalle des Reichstags begann, wurde durch einen Ausbruch der Hoffnung aus dem Munde des Abgeordneten Pfeiffer eingeleitet, daß er getragen sein müsse von gegenseitigem Vertrauen, von Mut gegeneinander und von dem Mut, gemeinsam mit dem ganzen Volk am Wiederaufbau zu arbeiten.

Der Zusammenbruch der Gegenrevolution in Rußland.

Das „Frankfurter Mittagsblatt“ bringt folgende interessante Schilderung von dem völligen Zusammenbruch der Heere Koltshaks und Denetins, die jetzt auch das Schicksal der Judenitzsch und Bermond-Awaloffs ereilt hat. Wenn es der Sowjetregierung wieder gelingt, zu den reichsten Rohstoffquellen Rußlands zu gelangen, dann wird es ihr leichter möglich sein, auch die inneren Widerstände zu überwinden. Der Bericht lautet:

Der Rückzug der Armeen von Denekin und Koltshak wäscht sich mehr und mehr zu einer großen Katastrophe aus. Der einzige Umstand, der noch zu Gunsten Denetins spricht, ist nach Ansicht britischer militärischer Kreise, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, der, daß die von den Bolschewisten gemeldeten Zahlen der Gefangenen und der Kriegsbeute bei der großen Ausdehnung der Front und bei der Schnelligkeit des Rückzuges der Denekinschen Truppen sehr gering sind. Es spricht das dafür, daß das Heer von Denekin noch nicht desorganisiert ist. Jedenfalls aber verzeichnet sich seine Lage mit jedem Tag wesentlich. Von sehr großer Bedeutung ist für Denekin der Verlust von Jaroslavl, einer Stadt von etwa 100 000 Einwohnern an der Wolga. Die roten Truppen überschritten die Wolga auf dem Eis und drangen in die Stadt ein. Durch den Fall von Jaroslavl ist Denekin nicht mehr in der Lage, Koltow am Don, wo der Sitz seiner Regierung war, und Nowoscherkassk zu verteidigen. Im Zentrum der früheren Denekinschen Front drängen die roten Truppen immer heftiger nach dem Kaschischen Meer vor und waren letzten Freitag nicht mehr als 33 Meilen von Taganrog entfernt, wo sich das militärische Hauptquartier Denetins bis jetzt befand. Gleichzeitig bewegen sie sich in der Richtung auf die beiden Hafensstädte des Kaschischen Meeres Mariapol und Berdiansk. Es bleibt jetzt Denekin nur noch die Eisenbahn nach Jekaterinodar. Bei der Einnahme der Stationen Kamenskaja, Sewero-Donetskaia und Repatna soll ungeheure Beute in die Hände der Bolschewisten gefallen sein. Im Ganzen ist jetzt Denekin nicht sehr weit von der Linie entfernt, von der aus er im Mai v. Js. seine Offensive gegen die Bolschewisten begonnen hat.

Noch schlimmer ist die Lage des früheren Koltshakheeres, das wie es scheint, dem Vorrücken der Roten fast gar keinen Widerstand mehr entgegensetzt. Wie schnell die Bolschewisten nach Osten in Sibirien vordringen, ist daraus ersichtlich, daß sie vom ersten Weihnachtstage bis zum 31. Dezember von Station Taiga nach Mariinsk gelangten, das 80 englische Meilen östlich von Taiga liegt. Im ganzen haben die Roten seit dem 14. November, an welchem Tage sie Omsk besetzten, 600 englische Meilen nach Osten zurückgelegt. Gleichzeitig bewegen sich die bolschewistischen Truppen den Fluß Irtysh hinauf und in die Steppe. Sie stehen dort im Semireitschengebiet, wo die Truppen des Generals Dulow nicht stark genug sind, Widerstand leisten zu können und nähern sich der Nordwestgrenze der Mongolei. Nach in London eingetroffenen Nachrichten erklärt sich die schnelle Auflösung der Truppen Koltshaks, die beim Rückzug eintraten, zum großen Teil dadurch, daß Koltshak durchaus Omsk „bis zum Neujahrstag“ halten wollte, weil er mit der Einnahme von Petersburg durch Judenitzsch rechnete. Daher wurde der Rückzug nach Osten nicht genügend vorbereitet. Inzwischen traten Gegensätze zwischen den einzelnen Generalen zutage, teilweise, wie es scheint, aus politischen Gründen.

Zu allen Leiden, gegen die die zurückziehenden Truppen und die flüchtende Follbevölkerung zu kämpfen haben, gesellt sich noch eine gefährliche Typhusepidemie. Nach den Berichten des amerikanischen Roten Kreuzes betraf in Omsk, als es von Koltshak geräumt wurde, die Zahl der tödlichen Extraktiven an Typhus etwa tausend. In den vorhergehenden 9 Monaten waren dort im ganzen 120 000 Menschen an Typhus erkrankt. In Omsk sammelten sich nämlich, als Koltshak noch dort war, etwa 500 000 Menschen, die sich vor den Bolschewisten geflüchtet hatten. Die Stadt war durchaus nicht in der Lage, ihnen Unterkunft zu bieten, etwa 30 000 Menschen waren im wahren Sinne des Wortes obdachlos, als der furchtbare sibirische Winter herannah. Die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen wuchs daher ungeheuer und erreichte bei den erkrankten Kindern 30 Prozent.

Nach den Berichten des Koltshak'schen Heeres die roten Truppen, die nach dem Osten vordringen, meistens aus chinesischen Söldlingen, die nach China gebracht werden sollen, um dort den Bolschewismus zu verbreiten. Es sollen von diesen Chinesen unglaubliche Straußschrecken gegen die schutzlosen Flüchtlinge begangen worden sein.

Erwachen des Islam?

In Deutschland ragen noch heute inmitten mancher Gefangenener Fremdarbeiter Gebäude auf, wie wir sie sonst nur auf Bildern aus dem Orient antreffen: Moscheen mit spitz zulaufenden, halbmondgeschmückten Kuppeln, neben denen steil die schlanken Minaretts emporsteigen. Türme, von denen früher bei jedem Sonnenauf- und untergang langgezogene Löwe über das Lager hinflogen. Darunter, hinter den Drahtvorhängen, aber drängte sich damals ein hundertköpfiges Gewimmel. Söhne heißer Zonen, die der Krieg nach Norden geführt und uns als Gefangene in die Hände geliefert hatte. Von ihrem Leben und Treiben brachten die Wälder geflüchtete zahlreich Berichte und Bilder. Daraus erfuhren wir, wie gut man all die farbigen Gefangenen behandeln sollte, wie man zum Beispiel bei der Ernährung alles mied, was gegen die rituellen Gehebe der Farbigen verstieß und ihr Empfinden hätte verletzen können.

Denn sie alle, die der Stachelbraut umspannte, waren Mohammedaner, bekanden jenen Glauben, der im Sultan in Konstantinopel das höchste geistliche und weltliche Oberhaupt hat. Und dieser Sultan war unter Bundesgenosse und hatte die heilige Fahne des Propheten entfaltete, um die alle Gläubigen sich scharen sollten zum Kampfe gegen den ärgsten Feind des Islam, gegen England. Kommen nicht die mohammedanischen Gegner von heute schon morgen Schulter an Schulter mit uns kämpfen? Aber die Rechnung läuft sehr, wie so manche, auf die wir hatten. Der Zauber des englischen Dollars war stärker als der der heiligen Fahne. In Syrien, in Arabien erkaufte britisches Geld die Stämme der Araber, die immer nur recht unbotmäßige Untertanen des Sultans gewesen waren. Nicht gegen uns, die Verbündeten ihres Kalifen, sondern gegen seine Soldaten selber erhoben sie die Waffen, und widerwillig mußten es selbst auch die bekennen, die vor dem auf das Erwachen der mohammedanischen Welt so große Hoffnungen gebaut hatten: der Ruf des Sultans war kläglich verhallt.

Run kommen neue Meldungen, die von einer Nationalerhebung des Islam berichten. Dem „Corriere della Sera“ wird gebracht, in Paris seien an amtlicher Stelle authentische Nachrichten eingetroffen über eine Nationalerhebung des Islam, die teils schon im Gange ist. Die türkischen und arabischen Mohammedaner haben gegen die europäischen Eindringlinge den heiligen Krieg erklärt. In Anatolien sammelten sich starke Streitkräfte, um den Kampf gegen Engländer und Franzosen aufzunehmen.

Daß eine starke nationaltürkische Partei in Kleinasien Truppen sammelt, um die Ausbreitung der Türkei und die Verdrängung des Islam aus Europa zu hindern, das wissen wir auch aus andern Quellen. Daß aber die Unruhen, die sich auch anderswo in der mohammedanischen Welt zeigen, wirklich das Erwachen des heiligen Krieges, ja auch nur einen planvollen Aufstand gegen die Gläubigen, die Unterdrücker des Westens, ankünden, das ist zum mindesten zweifelhaft. In Paris ist über das Schicksal des Morgenlandes das Los geworfen worden, die Sieger haben die Beute unter sich geteilt. Nun, da die neuen Herren von den Ländern Besitz ergreifen, müssen notwendig Reaktionen entstehen, hinter denen das schlechte Gewissen der Entente-männer eine Nationalerhebung des Islam mittert.

Deutschland erlindigte sich an sich selber, wenn es diese Funken im Osten als die Morgenröte einer neuen Zeit begrüßte. Wohl dürfen wir die Weltvorgänge nicht aus den Augen lassen, aber wir müssen uns hüten, in den Fehlern der Herren von gestern zu verfallen, die vage Hoffnungen als vollwertige Faktoren in ihre Rechnung setzten und darum täglich Schiffbruch litten.

Alldenteutsche Gemütsroheit.

In der schamlosgehässigen Weise, wie sie selbst unter den alldeutschen Organen, an deren pöbelhaften Ton man sich noch gerade gewöhnt hat, nicht an der Tagesordnung ist, spottet die „Post“ über das in Berlin vergossene Proletariatsblut. „Proletariatsblut ist gekostet“, so schreibt sie, und giftig fügt sie hinzu: „es ist bekanntlich das Kostbarste, was die Republik aufzuweisen hat.“ Ja, trotz des Hohnes der „Post“ ist und bleibt es ja. Proletariatsblut war uns früher heilig, als wir es gegen den Militarismus, dem nur das Blut seiner eigenen Angehörigen heilig war, zu schützen hatten und ist es uns heute erst recht, da auf seiner Gesunderhaltung das Leben der Republik beruht, die uns nicht minder heilig ist. Es zeigt die grenzenlose moralische Verrottung und Verwahrlosung unserer Alldenteutschen, wenn sie in der Bewertung von Menschenleben auch heute noch Unterschiede machen. Ihnen allerdings ist es nicht heilig gewesen, als die Offiziere unter ihnen die Proletariatshefatombenweis im Weltkrieg opferten, während sie selbst in den Kasinos ein behagliches Leben führten. Lange Zeit ließen es sich die Proletariatsgefallen, daß man ihnen die Menschenblauen Blutes als höhere Wesen anpries, bis sie endlich erkannten, daß die Heiligkeit des Blutes nicht von der Zugehörigkeit zu einer Klasse oder zu einem Stande, sondern lediglich von dem Charakter, von der Persönlichkeit abhängig sei. Und das gilt auch heute, und heute erst recht. Hervorgehoben zu werden verdient noch ein Bericht eines Redakteurs der „Post“, der seine Darstellung mit den Worten schließt: Eine Patrone hob ich mir als Andenken auf. Sie hat, daß sie ihren Beruf verfehlt hat. Diese unglückliche Gemütsroheit verdient auch in dieser traurigen Zeit festgehalten zu werden, weil sie einen tiefen Einblick in die Mentalität dieser alldenteutschen Verbrecher gewährt.

Deutsch-polnischer Warenaustausch.

Ueber den deutsch-polnischen Warenaustausch, der durch den deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag vereinbart ist, bringt die Zöl. Rundschau folgende genaue Ziffern:

Deutschland liefert:	
Monatlich 75 000 To. Kohlen zu 120 Mk.	450 000 000 Mk.
die Tonne, fünf Monate lang	
Einnahme 50 000 To. Kohlen aus seinen Vorräten	6 000 000 Mk.
Leihweise 5000 Ziffern auf 3 Monate, zu 100 Mk. monatlich	1 500 000 Mk.
Leihweise 100 Lokomotiven und 3000 Wagons auf 150 Tage	9 900 000 Mk.
400 Barons Stückstoffbürger, die Tonne zu 1000 Mark	4 000 000 Mk.
Insgesamt für 471 400 000 Mk.	

Polen liefert:	
5 500 000 Zentner Karotteln zu 16 Mk.	88 000 000 Mk.
100 000 Säcke zu 20 Mk.	2 000 000 Mk.
20 000 Zentner Melasse zu 15 Mk.	300 000 Mk.
1 000 000 Liter Spiritus zu 30 Mk.	30 000 000 Mk.
Insgesamt für 120 300 000 Mk.	

Der Ueberschuß zugunsten Deutschlands beträgt demnach 351 100 000 Mark.

Pausenbüchke Fliegelleien.

Gegen den bekannten Professor und Universitätsprofessor Nicolai in Berlin ist ein Gewaltverbrechen von seiten reaktionärer Studenten durchgeführt worden. Eine horde deutsch-nationaler Studenten, darunter bewaffnete Offiziere, brangen in den Hörsaal. Man zwang den Gelehrten, seinen politischen Standpunkt während des Krieges zu rechtfertigen. Er wurde andauernd mit Zurufen, wie „Feigling, Lump und gemeiner Verräter“, bezeichnet. Schließlich erbot er strenge und Trübsprüche, ein Beweis dafür, daß der Spezialist wohl orientiert war. Die Vorlesung wurde durch fortwährendes Abfragen von „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Welt am Rhein“ unmöglich. Das Kolleg mußte aufgehoben werden.

Ein norwegisches Betriebsrätegesetz.

Zus Norwegen schreibt man der „Soz. Zeit.“: Auch in Norwegen liegt der Entwurf eines Betriebsrätegesetzes vor. In dem Entwurf, der die Sache behandelt, herrscht große prinzipielle Uneinigkeit. Eine rechtsstehende Minorität fürchtet vor dem Gesetz unabsehbaren Schaden für das ganze Wirtschaftsleben, während der radikalen Ausschussmehrheit der Entwurf unbedingt erforderlich erscheint. Der norwegische Entwurf der Mehrheit gibt den Betriebsräten wirkliche Sachbefugnis in wichtigen Fragen, nicht nur eine formale Kontrolle.

Doch auch innerhalb der Mehrheit herrschen Meinungsverschiedenheiten. Die bürgerlichen Mitglieder der Mehrheit bezeichnen als unerwünschte Voraussetzung ihrer Mitarbeit, daß baldigst ein Gesetz über den Gewinnanteil der

Arbeiter eingebracht werde. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Mehrheit heben dagegen hervor, daß eine wirkliche Lösung des sozialen Konflikts nur durch eine vollständig durchgeführte Sozialisierung und durch gänzliche Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftssystem herbeizuführen sei. Sowohl die Frage des Gewinnanteils der Arbeiter und Angestellten wie die Sozialisierungsfrage werden zurzeit in Ausschussverhandlungen beraten.

Aus den Einzelheiten des norwegischen Entwurfs sei hervorgehoben, daß die Betriebsräte unter anderem mitwirken sollen bei größeren Änderungen und Verbesserungen des Betriebs, bei Einführung neuer Arbeitsmethoden und Anschaffung neuer Maschinen, bei Gehaltsfragen, Akkordarbeit, Arbeitszeit, Feststellung des Urlaubs und Anstellung von Betriebsleitern und Fachmännern.

Eine Eigentümlichkeit des norwegischen Vorschlags ist die, daß auch der Arbeitgeber Mitglied des Betriebsrats ist. Hierdurch wird ein praktischer Meinungsaustausch und ein wirkliches Zusammenarbeiten beider Teile angestrebt. Eine praktische bedeutende Einschränkung der von Betriebsräten zugestandenen Macht liegt darin, daß gewöhnlich in drei verschiedenen Gruppen abgestimmt wird, nämlich von den Arbeitgebern, von den Angestellten und von den Arbeitern. Ein endgültiger Beschluß kommt nur zustande, wenn die Mehrheit in jeder Gruppe für ihn eintritt. Diese Bestimmung wird von den sozialdemokratischen Ausschussmitgliedern heftig bekämpft. Infolgedessen hat die Ausschussmehrheit sich inzwischen zu dem Zugeständnis bequemt, daß der Arbeitgeber kein absolutes Veto im Betriebsrat haben soll. Wird keine Einigung zwischen den drei Faktoren erzielt, so kann die Frage dem Distriktsrat (Wirtschaftsrat) vorgelegt werden. Bei größeren Änderungen oder Verbesserungen im Betrieb kommt über den Distriktsrat noch der das ganze Land umfassende Industrie- und Handelsrat als höchste Instanz in Betracht. In den Distriktsräten und in dem Industrie- und Handelsrat werden die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit getroffen.

Den Distriktsräten steht eine sehr große Macht zu. Ohne Bewilligung des Distriktsrats können nämlich Industrie- und Handelsbetriebe, die unter das Gesetz fallen, überhaupt nicht neu errichtet werden. Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß der Distriktsrat die Genehmigung zur Errichtung neuer Betriebe verweigern kann. Das Prinzip der unbegrenzten Wirtschaftsfreiheit erfährt also nach jeder Richtung hin durch den Entwurf die stärksten Einschränkungen.

Lokales.

Bergeßt die Bezirksversammlungen nicht!

Alle Parteigenossen und -genossinnen der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig müssen die Bezirksversammlungen besuchen. Zeit und Ort sind in der Sonnabendausgabe unserer Zeitung genannt. Dazu kommen noch:

9. Bezirk: Donnerstag, den 22. Januar, abends 6 1/2 Uhr. im „Blanken Lonnchen“, Geumarkt 10.

5. Bezirk: (Bangfuhr): Donnerstag, den 22. Januar, abends 6 Uhr, bei Kresin, Bangfuhr, Brunshöfer Weg 88.

Die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder

hat laut Gesetz betreffend die Regelung verschiedener Punkte des Gemeinde-Verfassungsrechts jetzt stattzufinden und zwar für die Stadträte Pöhl, Ernst, v. Koltow und Krupka, gewählt bis Ende 1919, Neumann und Karom, gewählt bis Ende 1921 und Penner, Knochenhauer, Zimmermann, Gronau, Herzog und Krautwurst, gewählt bis Ende 1922. Die Wahl erfolgt nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Die zur Einreichung der Wahlvorschlüge geforderte Unterschriftenzahl darf die Zahl nicht übersteigen, die sich bei einer Teilung der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung durch die Zahl der von ihr zu wählenden Personen ergibt. Entstehende Bruchteile werden nach unten abgerundet. Da 12 Personen zu wählen und 66 Stadtverordnete vorhanden sind, werden also 5 Unterschriften (66 : 12) für die Wahlvorschlüge erforderlich. Im übrigen trifft die Stadtverordnetenversammlung die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Verhältniswahl. Die Wahlen erfolgen geheim durch verdeckte Stimmzettel. Aufgehoben sind die Bestimmungen, nach denen Verwandte oder Verwandte bestimmter Grades und Gesellschafter offener Handelsgesellschaften sowie Stadtverordnete nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein dürfen. Der Regierungspräsident hat bestimmt, daß die Wahlen bis zum 1. Februar d. Js. durchzuführen sind.

Aus dem Arbeitsplan des Danziger Stadtparlaments.

Zur Unterhaltung der Gewerbe- und Haushaltungsschule in Bangfuhr soll dem Vaterländischen Frauenverein behufs Deckung eines Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1918 nach einem an die Stadtverordnetenversammlung gelangten Antrage des Magistrats ein Zuschuß von 5272 Mk. gewährt werden. Die Wahl, die seit 1908 besteht, bereitet angehende Lehrerinnen des Lehrerbildung und des Haushaltungsfachs für das zur Erlangung der Lehrbefähigung erforderliche Staatsexamen vor und vermittelt jungen Mädchen, die für den späteren eigenen Haushalt, oder zur Annahme von Erwerbstätigkeiten nötigen Kenntnisse. Die Schule wird nach einem zwischen dem Verein, dem Staat, der Provinz und der Stadt abgeschlossenen Vertrage vom Staat mit jährlich 16 000 Mark, von der Stadt mit jährlich 8000 Mark und von der Provinz mit jährlich 8000 Mark unterstützt. Bis zum Kriegsausbruch konnte die Schule mit Hilfe dieser Zuschüsse unterhalten werden. Nach Ausbruch des Krieges entstanden jedes Jahr größere Fehlbeträge, die hauptsächlich darauf zurückzuführen sind, daß einmalden Lehrkräften erhebliche und mit der Zeit wachsende Teuerungszulagen gewährt werden mußten und daß zum andern ein Anstieg in den Schulgeldeinnahmen eintrat, weil das mit der Schule verbundene Seminar infolge Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln gemäß einem Erlass des Ministers geschlossen werden mußte. Nach Abschluß der Sitzungsperiode der Schule entstand für das Rechnungsjahr 1918 ein aus den eigenen Mitteln der Schule nicht deckbarer Fehlbetrag von 7252 Mark. Die Stadt hat eine Bestimmung auf den Betrag dieses Defizits abgelehnt. Die Provinz hat sich bereit erklärt, die nach dem Verhältnisse ihres Beitrages auf sie entfallenden 1977,80 Mark zu zahlen. Infolgedessen wird auch die Stadt zur Deckung des auf sie entfallenden Anteils verpflichtet sein.

